

Diebel, Martin: *Atomkrieg und andere Katastrophen. Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik und Großbritannien nach 1945*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2017. ISBN: 9783506787453; 348 S.

Rezensiert von: Cornelia Grosse, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

„Am Anfang war die Bombe – und am Ende stand der ‚Super-GAU‘“ (S. 320). Betrachtet man die Entwicklung der atomaren Bedrohungslage im Verlauf des Kalten Krieges aus der globalen Perspektive eines Satelliten, scheinen diese beiden Zäsuren alle anderen Ereignisse zu überstrahlen. Doch wie Martin Diebel in seiner detailreichen Analyse aufzeigt, stand der Reaktorunfall von Tschernobyl vielmehr als Sinnbild für ein über Jahrzehnte gewandeltes Sicherheitsparadigma im Zivilschutz. Und dieser Wandlungsprozess war dabei keineswegs zwangsläufig.

Diebel ordnet sich mit seiner Forschung in den relativ jungen Zweig der historischen Sicherheitsforschung ein. Der Bereich der Zivilschutz-Forschung, der international bereits seit Längerem Aufmerksamkeit erfährt – allen voran in den USA¹ – wurde für die Zeit der Bundesrepublik bisher noch nicht in größerem Umfang untersucht. Neben Studien zum Luftschutz, die vor allem die Zeit vor 1945 in den Blick nehmen oder Einzelaspekte des Zivilschutzes behandeln², hat Matthew Grant das entsprechende Grundlagenwerk zum Zivilschutz in Großbritannien verfasst.³ Diebel legt die erste umfassende Arbeit zum Zivilschutz für die Zeit der Bundesrepublik vor. Seine Analyse gewinnt dabei eine weitere Schicht durch die Entscheidung für eine vergleichende Perspektive. Diebels respektable Forscherleistung besteht somit nicht unerheblich darin, für ein nur marginal erforschtes Thema einen komparativen Ansatz gewählt zu haben. Dieser wird zusätzlich erweitert, indem er auf transnationale Kooperationsformen, beispielsweise im Rahmen der International Civil Defense Organisation (ICDO) eingeht.

Im Zentrum der auf umfassendem Quellenmaterial basierenden Arbeit steht somit die Untersuchung der Entwicklung von Si-

cherheitsvorstellungen in zwei westeuropäischen Staaten: Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Diebel betont dabei, dass sein Fokus eindeutig auf der Bundesrepublik liegt und Großbritannien vor allem als Vergleichsfolie dient (S. 16). Nichtsdestotrotz werden die Entwicklungen in Großbritannien in weiten Teilen der Arbeit ebenfalls detailliert dargestellt, beispielsweise bei der Analyse der Auseinandersetzungen zwischen Zentral- und Lokalregierungen zu Belangen des Zivilschutzes (so S. 217–232).

Zwei Fragen leiten die Analyse durch verschiedene Ebenen: Erstens, welcher Begriff von Sicherheit herrschte jeweils in den Zivilschutz-Communities vor? Und zweitens, gab es im Untersuchungszeitraum einen Wandel der Sicherheitskulturen, vor allem seit den 1960er-Jahren? Der Aufbau der Arbeit folgt dabei in groben chronologischen Zügen der „klassischen“ Einteilung der Phasen des Kalten Krieges. Referenzpunkt bleibt aber der Zivilschutz. Die Kapiteleinteilung orientiert sich daher zugleich an den Konjunkturen der die Analyse leitenden Begrifflichkeiten: „Krieg“ und „Katastrophe“.

Selbstverständnis und Deutungen der Zivilschützer stehen dabei im Zentrum. Der Schwerpunkt der Analyse liegt in diesem Kontext auf dem administrativen Planen und Handeln sowie dem Prozess (auch öffentlicher) sicherheitspolitischer Verhandlung und Ausgestaltung des Zivilschutzes. Nicht so stark berücksichtigt werden, wie Diebel selbst konstatiert, kulturgeschichtliche Aspekte. Hier bietet sich die Möglichkeit einer interessanten Erweiterung der Thematik, wie

¹ U.a. Tracy C. Davis, *Stages of Emergency. Cold War nuclear civil defense*, Durham 2007; aktuell: Edward M. Geist, *Armageddon Insurance. Civil defense in the United States and Soviet Union, 1945–1991*, The New Cold War History Series, Chapel Hill 2019.

² Bernd Lemke, *Luft- und Zivilschutz in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, 5, Potsdam 2007; Frank Biess, „Jeder hat eine Chance“. Die Zivilschutzkampagnen der 1960er Jahre und die Angstgeschichte der Bundesrepublik, in: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hrsg.), *Angst im Kalten Krieg, Studien zum Kalten Krieg*, 3, Hamburg 2009, S. 61–94; Jochen Molitor, *Mit der Bombe überleben. Die Zivilschutzliteratur in der Bundesrepublik 1960–1965*, Marburg 2011.

³ Matthew Grant, *After the bomb. Civil defence and nuclear war in Britain, 1945–1968*, Basingstoke 2010.

sie bereits durch frühere Forschungen angestoßen wurde.⁴

Zwei zentrale Thesen leiten Diebels Analyse: Erstens, die Bevölkerungsschutzpolitik geht nicht in der Geschichte des Kalten Krieges auf, und zweitens, beim Zivilschutz handelt es sich nicht um eine reine Reaktion auf Krisen. Diese Schlussfolgerung gilt mit Sicherheit ab Mitte der 1960er-Jahre. Für diese Zeit konstatiert Diebel auch die Entstehung neuer Deutungen von Sicherheit.

Das von Eckart Conze für die historische Forschung fruchtbar gemachte Konzept der Sicherheit bzw. „Versicherheitlichung“⁵ dient der Arbeit als Analyseinstrument. Diebel führt in Anlehnung an die Ideen der Bellifizierung⁶ bzw. Militarisierung, das Konzept der „Katastrophisierung“ ein (S. 20). Gemeint ist hier, dass sich der Zivilschutz zunehmend nicht-militärischen Problemlagen zuwandte und zu einer Aufgabe fernab der zivilen Verteidigung wurde. „Die ‚Katastrophe‘ entledigte sich des ‚Krieges‘“ (S. 19). Diebel grenzt diese Katastrophisierung des Zivilschutzes klar gegen eine potenzielle Militarisierung des Katastrophenschutzes ab (S. 91). Das entworfene Konzept der Katastrophisierung ist gewinnbringend und wird klar definiert. An anderer Stelle hätte es mehr Trennschärfe gerade in Bezug auf die zentralen Begrifflichkeiten bedurft. So werden die Begriffe des (im deutschen Sprachraum durch die Zeit des Nationalsozialismus belasteten) „Luftschutzes“ und des „Zivilschutzes“ relativ unsystematisch nebeneinander verwendet, und der zwischenzeitlich 1957 eingeführte Begriff des „zivilen Bevölkerungsschutzes“ findet gar keine Berücksichtigung.

Insgesamt gibt die Arbeit einen guten Überblick über die Entwicklung konzeptioneller (Sicherheits-)Vorstellungen zum Zivilschutz. Der Vergleich der beiden westeuropäischen Länder generiert dabei die interessante Erkenntnis, dass aus einer ähnlichen Entwicklung von Vorstellungen zu Sicherheit sehr unterschiedliche Umsetzungen resultierten. Während in den 1950er-Jahren der Luftschutz in beiden Ländern verteidigungspolitischen Imperativen folgte, identifiziert Diebel das Jahr 1968 als eindeutigen Wendepunkt (S. 78). In der Bundesrepublik unternahm man nun zunehmend den Ver-

such, den Zivilschutz von Assoziationen mit dem Zweiten Weltkrieg zu lösen. Dies gelang schließlich im Rahmen des Erweiterten Katastrophenschutz-Gesetzes, indem friedenszeitlicher Katastrophenschutz und Luftschutz miteinander verbunden wurden. Beginnend mit der Hamburger Sturmflut von 1962 zeigt Diebel auf, dass in den 1960er-Jahren zunächst Naturkatastrophen, und ab Mitte der 1970er-Jahre zunehmend Zivilisationskatastrophen, verstanden vor allem als zivile atomare oder chemische Vorfälle, in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückten; der Atomkrieg stand nun nur noch an der Spitze dieser neu geschaffenen „Katastrophen-Kette“. Es kam somit zur Katastrophisierung ehemals militärischer Bedrohungslagen. Im Rahmen dieses neuen Katastrophenschutz-Paradigmas (des sogenannten „all hazards-approach“) wurden die Ursachen für einen Notstand als irrelevant bewertet. Entscheidend wurde vielmehr der Umgang mit den Folgen eines solchen Notstandes. Auf Grundlage dieses relativierenden Ansatzes konnte der Zivilschutz trotz sinkender Kriegsgefahr weiter gefördert werden, da er sich auf alle potenziellen Risiken bezog.

Ganz anders sah die Lage hingegen in Großbritannien aus. Hier blieb man dem (dort positiv besetzten) Paradigma des Zweiten Weltkriegs verhaftet. Die einsetzende Détente und eine tiefe Finanzkrise führten Ende der 1960er-Jahre weniger zu strukturellem Umdenken, als zu einer Verlagerung des Zivilschutzes auf die reine Planungsebene. In Großbritannien konnte sich der „all hazards-approach“, wie Diebel aufzeigt, bis in die 1980er-Jahre nicht durchsetzen. Der fehlende Katastrophenschutz-Konsens führte hier vielmehr letztlich zu einem Auflösungsprozess des Zivilschutzsektors.

⁴ Ilona Stöken-Fitschen, *Atombombe und Geistesgeschichte*, Nomos-Universitätschriften. Kulturwissenschaft, 3, Baden-Baden 1995; für die USA wegweisend: Laura McEnaney, *Civil defense begins at home. Militarization meets everyday life in the fifties*, Politics and society in twentieth-century America, Princeton 2000.

⁵ Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949*, München 2009.

⁶ Frank Reichherzer, „Alles ist Front!“ Wehrwissenschaften in Deutschland und die Bellifizierung der Gesellschaft vom Ersten Weltkrieg bis in den Kalten Krieg, *Krieg in der Geschichte*, 68, Paderborn 2012, hier S. 16–21.

Das Reaktorunglück von Tschernobyl zeigte 1986 unumstößlich auf, dass eine klare Trennung von ziviler Verteidigung und Katastrophenschutz nicht mehr möglich war. Fallout kann schließlich sowohl durch eine Kernschmelze als auch von der Explosion einer Atombombe herrühren. Der „Krieg“ verschwand nun endgültig hinter der „Katastrophe“. Diebel bezeichnet dies als „Tschernobyl-Effekt“, der den Zivilschutz nachhaltig geprägt hat (S. 309).

Es zeigen sich im Ergebnis klare Differenzen zwischen den Entwicklungen in Großbritannien und in der Bundesrepublik, wobei eine Schlussfolgerung der Arbeit ist, dass Großbritannien mit seiner Marginalisierung des Zivilschutzes international eher die Ausnahme darstellte. Die divergierenden Entwicklungen hingen mit einem unterschiedlichen Verständnis von Staatlichkeit zusammen. Während es in Großbritannien im Anschluss an liberale Gesellschaftsideen eher zu einer Individualisierung des Zivilschutzes kam, führte in der Bundesrepublik eine stärker staatspaternalistische Ausrichtung zu einer im Zivilschutz erfolgreichen Kooperation von Bürger und Staat (S. 89). Die früh einsetzende enge Verflechtung staatlicher und privater Initiativen zur Katastrophenabwehr führten hier zu einem zentralstaatlich koordinierten Hilfeleistungssystem, an dem alle Beteiligten ein vitales Interesse hatten. Der Vergleich mit Großbritannien zeigt jedoch, dass es sich dabei um einen Prozess handelte, der alles andere als zwangsläufig war und in dem nicht nur der Sinn des Zivilschutzes, sondern auch die Grenzen staatlicher Macht ausgehandelt wurden.

Aktuell haben Begriffe wie „Sicherheit“ und „Risiko“ wieder Hochkonjunktur. Martin Diebels Studie zum Zivilschutz schließt nicht nur eine substanzielle Forschungslücke, sondern leistet zugleich einen wertvollen wissenschaftlichen Beitrag zu der gegenwärtigen Diskussion um Bedeutung und Reichweite staatlicher Sicherungssysteme. Besonders die intensive Analyse der Zeit ab 1970, der die geschichtswissenschaftliche Forschung derzeit große Aufmerksamkeit widmet, kann einen substanziellen Beitrag zur Vervollständigung dieses Bildes leisten. Die Konzepte der „Versicherlichung“ und der „Katastrophisie-

rung“ erweisen sich dabei als gewinnbringende Analyseinstrumente, die nicht nur den Zivilschutz im Rahmen staatlicher Sicherheitspolitik sichtbar machen. Sie zeigen zugleich gesamtgesellschaftliche Strömungen auf, die internationale Entwicklungen widerspiegeln. Die Arbeit öffnet zusätzlich einen transnationalen Forschungskorridor, der die Perspektive auf substaatliche Kooperationen im Bereich des Zivilschutzes lenkt (so S. 149–168). Der Vergleich zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien macht dabei Gemeinsamkeiten sichtbar, zeigt aber zugleich einmal mehr auf, welchen unterschiedlichen Verlauf nationale Entwicklungen auch auf derselben Seite des „Eisernen Vorhangs“ nehmen konnten.

HistLit 2019-2-138 / Cornelia Grosse über Diebel, Martin: *Atomkrieg und andere Katastrophen. Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik und Großbritannien nach 1945*. Paderborn 2017, in: H-Soz-Kult 29.05.2019.